

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 249 (1976)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

vom 1. Juni 1974 bis 31. Mai 1975

In der letzten Weltchronik wurden die Schwierigkeiten, die sich vor Präsident Nixon nach dem Ausbruch des sogenannten Watergateskandals auf türmten, geschildert. Was mit Schwung und Vorschusslorbeeren am 7. November 1972 begonnen hatte, endete am 8. August 1974 als Trauerspiel: Nixon, genannt Tricky-Dicky (der listenreiche Richard), räumte ein, dass er im Watergateskandal gelogen hatte, zog daraus die Konsequenzen und trat zurück. Man mag sich zu dem oftmals peinlichen, unverhältnismässigen und wohl typisch amerikanischen Vorgehen seiner Gegner stellen wie man will, Tatsache bleibt, dass hier ein gerissener Politiker über seine eigene Gerissenheit gestolpert ist. Er und seine Berater haben die *Vereinigten Staaten* wohl in eine der ernstesten Krisen ihrer Geschichte gestürzt. Das wachsende Misstrauen gegen den Präsidenten brachte es mit sich, dass während Monaten die Vereinigten Staaten fast handlungsunfähig waren, und das in einer Zeit, in der sie eines Führers dringend bedurft hätten. Eine weltweite Einbusse an Prestige war die Folge des unschönen Theaters. Aussenminister Kissinger, der vorerst in der Befriedung des Nahen Ostens Fortschritte zu erzielen schien, scheiterte schliesslich in dieser Aufgabe. Südvietnam, das die Vereinigten Staaten vorher während Jahren mit ungeheuren Mitteln an Mann und Material unterstützt hatten, wurde vom kommunistischen Nachbarn im Mai endgültig auf die Knie gezwungen. Der Waffenstillstand, der vom nordvietnamesischen Regierungschef Le Duc Tho und von Kissinger 1973 ausgehandelt worden war, wurde von Nordvietnam gebrochen, ohne dass die USA oder sonst jemand allzu heftig dagegen protestiert hätten. Als ein fast makabrer Witz mutet es an, dass Le Duc Tho und Kissinger seinerzeit für das Abkommen den Friedensnobelpreis erhalten hatten. Der Niederlage Südvietnams folgte diejenige Kambodschas auf dem Fuss. Die auch bei uns weitverbreiteten Protestler, die sich im Vietnamkrieg vor 1973 nicht genug tun konnten mit Kundgebungen und Hass-

tiraden gegen die bösen Amerikaner, schauten der südvietnamesischen Tragödie und der Vertreibung der kambodschanischen Bevölkerung zu und grinsten auf den Stockzähnen. Wie lange es noch gehen wird, bis mit Südkorea auch das letzte nichtkommunistische Land in diesem Erdteil von den Kommunisten überrannt wird, ist heute wohl noch nicht vorauszusehen. Ein Lichtblick war der Entschluss des Nachfolgers von Nixon, Gerald Ford, im Falle des von den kommunistischen Kambodschanern gekaperten Frachters Mayaguez der Herausforderung mit Waffengewalt zu begegnen. In einer Blitzaktion befreiten amerikanische Marinefusiliere im Mai das Schiff. So klein und unbedeutend sich diese Episode um ein Schiffchen mit 39 Mann Besatzung im Kräftespiel der Mächte ausnimmt, so gross war ihre Wirkung. Auf einmal wurden sich das amerikanische Volk und das Parlament bewusst, dass der seinerzeit von Nixon ernannte, also noch nie vom Volk gewählte Vizepräsident Ford, der nun 38. Präsident der USA ist, doch nicht die schwache Figur war, als die man ihn hinzustellen versucht hatte. Ob es dem ehemaligen Rugbyspieler gelingen wird, das gestörte Vertrauensverhältnis zum Parlament wieder zu normalisieren und Amerika die Führerrolle wieder zu geben, die ihm im Kampf um die Freiheit der Welt zukommt? Bei Abschluss dieses Berichts scheint die aussenpolitische Zukunft der USA eher etwas rosiger als zur Zeit des Rücktritts von Nixon. Was die Wirtschaftslage betrifft, so wird es vor allem gelten, mit der herrschenden Arbeitslosigkeit zu Rande zu kommen. Im Mai 1974 waren 5,2% der erwerbstätigen Amerikaner stellenlos. Anscheinend unaufhaltsam stieg dieser Prozentsatz weiter an und erreichte im Mai 1975 mit 9,2% den höchsten Stand seit 34 Jahren. Eine so hohe Arbeitslosenquote trägt den Keim zu politischem Umsturz, zu steigender Kriminalität und zu sozialem Unfrieden in sich. Vor allem ist es bedenklich, dass sehr viele junge, der Schule entwachsene Leute grosse Mühe haben, Stellen zu finden. Gelingt es nicht, diese jungen Jahrgänge in den Arbeitsprozess einzugliedern, so werden die erwähnten Folgen nicht ausbleiben.

* * *

Wilson wurstelt weiter: So könnte man den Bericht über das Geschehen in *England* überschreiben. Damit täte man allerdings einem Mann unrecht, dem es ebensowenig wie seinem konservativen Vorgänger Heath allein angelastet werden kann, wenn das Land nicht aus seinem wirtschaftlichen Schlammassel herauskommt. Inflationsraten von über 20% sprechen hier eine deutliche Sprache. Harold Wilson war am 10. Oktober in Neuwahlen, die er selbst anberaumt hatte, wieder zum Premierminister gewählt worden. Es gelang ihm dabei, den vorher sehr knappen Vorsprung seiner Partei im Unterhaus auf die Konservativen zu vergrössern. Vor den Wahlen stellten die Labourpartei 301 Abgeordnete, die Konservativen 296. Die Neuwahlen veränderten das Verhältnis auf 319 zu 276, wobei die 13 Liberalen einmal mehr kaum ins Gewicht fallen. Wie unstabil und unzuverlässig das Land geworden ist, zeigt sich am besten in der Frage des Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft. 1972 war es den Konser-

vativen unter Heath gelungen, den Beitritt zu vollziehen, allerdings nicht ohne wütende Proteste seitens der Leute, die England auch heute noch für den Mittelpunkt der Welt ansehen und die für die Kontinentaleuropäer nur Herablassung übrig haben. Knapp drei Jahre später gab der Labourmann Wilson bekannt, das Volk werde im Juni 1975 Gelegenheit haben, sich über den Beitritt auszusprechen. Ob nun der Volksentscheid positiv oder negativ ausfällt,

Tatsache ist, dass durch dieses Hin und Her die Glaubwürdigkeit der britischen Politik schwer gelitten hat. Das gilt auch für die Wirtschaft. Ist Labour am Ruder, so wird verstaatlicht, was bis dahin noch der privaten Initiative vorbehal-

ten war; wechselt das Blatt und kommen die Konservativen wieder obenauf, so macht man einen Teil dieser Verstaatlichungen wieder rückgängig. Das spielt allerdings nicht die Rolle, die es in einem andern Land spielen würde, denn so oder so, verstaatlicht oder privat, das Regiment in England führen letzten Endes die Gewerkschaften. Ihre Machtfülle wird England noch sehr zu schaffen machen. Das spricht sich langsam auch in England selbst herum, wie ein Zitat eines sozialistischen Historikers aus einer ebenfalls sozialistischen englischen Wochenzeitung zeigen mag. Es heisst dort, die Gewerkschaftsleute seien Gangster, die ihre kollektive Macht dazu brauchten, die Gesellschaft auszubeuten. Ihre Führer seien eingebildet, phantasielos, unbelehrbar, faul, stumpfsinnig,

ohne irgendwelchen Unternehmungsgeist und grenzenlos mit sich selber zufrieden. Sie hätten die britische Arbeiterschaft zu den Kulis der westlichen Welt und Grossbritannien zu einem stinkigen Industrieslum gemacht. Die Gewerkschaftsbewegung sei auch daran schuld, dass die britische Industrie schlecht geleitet sei; denn ein fähiger Mann sei nicht bereit, seine Kräfte in endlosen Zänkereien um idiotische Bagatellfragen mit den Gewerkschaften zu vergeuden. Dem



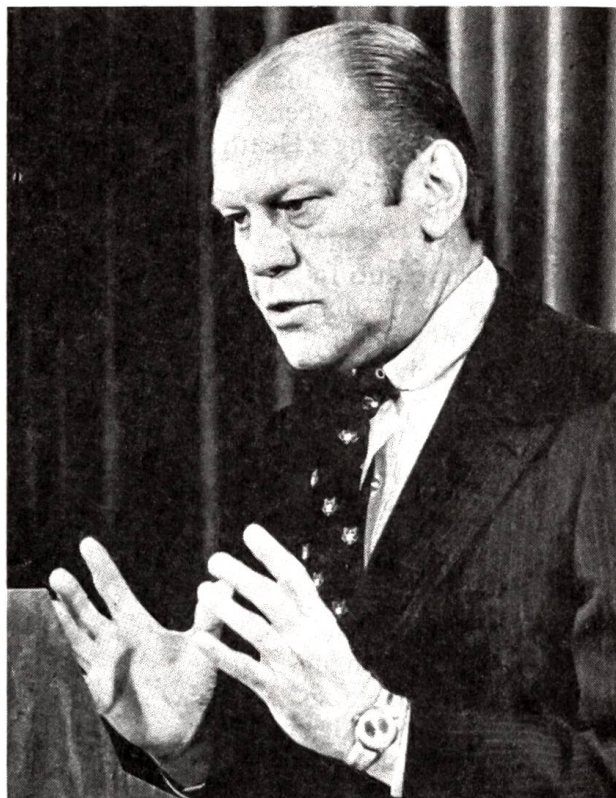
Pierre Graber
Bundespräsident für das Jahr 1975
Photopress-Bilderdienst, Zürich

dürfte wohl aus kontinentaler Sicht nicht viel beizufügen sein.

* * *

In der *Bundesrepublik Deutschland* machte sich im abgelaufenen Jahr die wirtschaftliche Rezession immer stärker bemerkbar. Sie begann infolge der Erdölkrise als geringer Konjunkturerinbruch und wuchs sich dann mehr und mehr zu einer eigentlichen Depression aus. Die Zahl der Arbeitslosen stieg ständig an, Kurzarbeit war an der Tagesordnung. Die Konkurse, namentlich im Baugewerbe, mehrten sich. Des Wirtschaftswunders liebtes Kind, die Volkswagenwerke, geriet in eine tiefe Krise. Noch 1973 war ein Betriebsgewinn von 211 Millionen DM erreicht worden. Im letzten Geschäftsjahr aber gelang es nicht mehr, einen Gewinn zu erzielen; es musste ein massiver Verlust von 551 Millionen DM ausgewiesen werden. Daraus aber schliessen zu wollen, die Bundesrepublik sei in kurzer Zeit ein armes Land geworden, wäre absurd. Ende August handelte Bundeskanzler Schmidt mit dem italienischen Ministerpräsidenten Rumor ein Abkommen aus, das eine finanzielle Hilfe der Bundesrepublik an Italien im Betrage von nicht weniger als 2 Milliarden Dollar, also etwa 5 Milliarden Schweizerfranken, vorsah. Wohl nicht zuletzt dank dieser Einspritzung überlebte der praktisch bankrotte Finanzhaushalt Italiens einmal mehr.

Ein betrübliches Kapitel bildet für die Bundesrepublik der Terrorismus, gegen den die sozialistischen Regierungen Brandt und Schmidt wohl zu wenig scharf vorgegangen sind. In falsch verstandener Auslegung der Begriffe Demokratie und Freiheit liess man es zu, dass Banden wie diejenige von Baader und Meinhof aus dem Gefängnis heraus mit Hilfe ihrer Anwälte weiterhin aktiv bleiben konnten. Es brauchte Ereignisse wie zum Beispiel die kaltblütige Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann, den Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm, bei dem zwei deutsche Diplomaten erschossen wurden und die Entführung des Vorsitzenden der Westberliner CDU, Peter Lorenz, drei Tage vor seiner Wahl in das



Gerald Ford neuer Präsident der USA
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Berliner Abgeordnetenhaus, bis sich die Regierung zu einem schärferen Kurs bewegen liess. So wurde endlich die Strafverfolgung gegen die fehlbaren Anwälte der Baader-Meinhof-Bande aufgenommen. Diese weiche Haltung der Regierung im Verein mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten führten zu erheblichen Stimmenverlusten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Wahlen zu den Parlamenten der einzelnen Bundesländer. So gingen ihr zum Beispiel in Niedersachsen sieben Sitze, in Hessen vier, in Bayern sechs Sitze verloren und in Berlin gewann die CDU gar 14 Sitze und wurde damit erstmals stärkste Partei. Die zusammen mit der Freien Demokratischen Partei regierende Sozialdemokratische Partei wird froh sein, dass sie noch bis zum Herbst 1976, dem Termin der Neuwahlen, Zeit hat, ihre Lage und ihr Ansehen zu verbessern.

* * *

Man erinnert sich, dass am 19. Mai 1974 in Frankreich der Gaullist Giscard d'Estaing mit 50,8% der abgegebenen Stimmen seinen sozialdemokratischen Gegner Mitterrand (49,2%) im Kampf um das Amt des Staatspräsidenten ganz knapp geschlagen hat. Im Rückblick auf das erste Jahr seines Wirkens darf gesagt werden, dass Giscard d'Estaing den grossen in ihn gesetzten Erwartungen gerecht geworden ist. Mit Jacques Chirac setzte er einen tüchtigen und durchschlagskräftigen, wie Giscard d'Estaing selbst, ebenfalls jüngern Politiker als Ministerpräsidenten ein. In Jacques Chirac sehen übrigens Leute, die das politische Gras wachsen hören, schon heute den Nachfolger von Giscard d'Estaing. Der neue Staatspräsident bemüht sich offensichtlich, einen andern Kurs zu steuern als sein Vorgänger Pompidou. Die Erdölkrise und die wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten, die auch Frankreich zu spüren bekommen hat, erleichterten ihm seine Aufgabe nicht. Dennoch durchlebte Frankreich ein recht ruhiges Jahr mit weniger explosiven Entladungen der zweifellos vorhandenen sozialen Spannungen als auch schon. Zu erwähnen ist allerdings der sechswöchige Poststreik im Oktober und November des vergangenen Jahres.

Der neue Präsident setzte sich zum Ziel, sich aus eigener Anschauung ein Bild Frankreichs machen zu können. So tauchte er zum Schrecken der Gefängnisverwaltung unangemeldet in einer Strafanstalt auf, um sich über den vielumstrittenen und von der Öffentlichkeit stark kritisierten Strafvollzug orientieren zu lassen. Besuche zum Mittagessen bei von ihm ausgewählten, in einfachen Verhältnissen lebenden Familien halfen ihm, sich mit dem Denken des Durchschnittsbürgers vertraut zu machen. Daneben entfaltet er auch in der Aussenpolitik eine grosse Aktivität. Er empfing unter andern in Paris die Präsidenten der Bundesrepublik, Scheel, und Ägyptens, Sadat, ferner den amerikanischen Aussenminister Kissinger sowie den starken Mann der Sowjetunion, Leonid Breschnew. Ausserdem traf er den amerikanischen Präsidenten Ford in Martinique und besuchte als erster französischer Präsident seit dem Ende des Freiheitskrieges im Jahre 1962 Algerien. Der



Zusammenbruch in Kambodscha und in Südvietnam

Hauptereignisse der internationalen Politik im Frühjahr 1975 bildeten die spektakulären Zusammenbrüche der prowestlichen Regimes in Pnom Penh (Kambodscha) und Saigon (Südvietnam). Dabei kam es zu erschütternden Fluchtszenen aus Angst vor den heranrückenden Kommunisten. Unser Bild zeigt eine dramatische Szene im Hafen von Da Nang in Südvietnam, wo Flüchtlinge und flüchtende Soldaten von einem Landeboot auf ein überfülltes Hilfsschiff in Sicherheit gelangen wollen.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Empfang, der ihm dort seitens der Regierung und des Volkes bereitet wurde, machte deutlich, dass die Kriegswunden vernarbt sind und sich die Beziehungen zwischen den zwei Ländern normalisiert haben. Ein Besuch beim König von Marokko rundete das Programm ab. Es macht den Anschein, als sei es Giscard d'Estaing im

ersten Jahr seiner Amtstätigkeit gelungen, seine Position zu festigen und das Land damit vertraut zu machen, dass wieder eine starke Hand es regiere.

* * *

Einige Streiflichter auf das Geschehen in anderen Ländern sollen den Auslandteil der Weltchronik abschliessen. Die im Juli ausgebrochene Krise auf *Zypern*, wo sich Griechen und Türken gegenseitig den Besitz der Insel streitig machen, ist heute noch nicht beigelegt. Ihre unmittelbare Folge war die Beendigung der Militärdiktatur in *Griechenland*, wo Ende Juli der aus der Emigration zurückgekehrte Ministerpräsident Karamanlis mit Jubel begrüsst wurde. Bei den Wahlen im November erhielt seine Partei 54% der Stimmen. Ferner lehnten die Stimmberechtigten mit grossem Mehr die Wiedereinführung der Monarchie in Griechenland ab. – In der letzten Chronik konnte noch kurz der Sturz der Regierung in *Portugal* gemeldet werden. Seither haben sich dort die Dinge rasch und nicht unbedingt zum Guten entwickelt. Den Kolonien Guinea-Bissau, Moçambique und Angola wurde die Unabhängigkeit zugesichert. Im Mutterland fanden im April Parlamentswahlen statt, aus denen die Sozialisten unter Mario Soares als stärkste Partei hervorgingen. Die aggressive Haltung verschiedener linksextremer Gruppierungen lässt es heute aber nicht als ausgeschlossen erscheinen, dass übers Jahr die Kommunisten die eigentlichen Machthaber im Lande sein werden. – In *Äthiopien* wurde im Herbst der über 80jährige, seit 1928 regierende Kaiser Haile Selassie gestürzt. Das Land befindet sich gegenwärtig im Umbruch und sucht seine neue Regierungsform. Ende November wurden rund 60 ehemalige Politiker, darunter auch der nach dem Sturz des Kaisers amtierende Regierungschef, kurzerhand erschossen. – Zum Schluss noch eine Meldung aus *Taiwan*, also aus Nationalchina: Im Alter von 87 Jahren starb dort im April Präsident Tschiang Kai-schek. Damit weilt auch der letzte der im Zweiten Weltkrieg als «Die Grossen Vier» bekannten Staatsmänner (Churchill, Roosevelt,



Eine Frau wird Führerin der Konservativen in England.

Mrs. Margaret Thatcher wurde als Nachfolgerin des ehemaligen Premierministers Edward Heath zur neuen Vorsitzenden der konservativen Partei in England gewählt.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Stalin, Tschiang Kai-schek) nicht mehr unter den Lebenden.

* * *

An die Spitze der Übersicht über das Geschehen in unserem Lande gehört wohl die Feststellung, dass uns das Berichtsjahr einen wirtschaftlichen Rückgang gebracht hat, der in dieser Schärfe kaum erwartet worden war. Sicher ist es verfehlt, von einer eigentlichen Krise zu sprechen. Es gibt indessen Wirtschaftszweige und Berufsarten, die in erheblichem Ausmass das ver-

änderte Klima zu spüren bekamen. An erster Stelle ist hier das Baugewerbe zu nennen. In den Vorjahren war mancherorts die Kapazität des Baugewerbes immer mehr vergrössert worden. Mit einem Heer von Fremdarbeitern wurden Geschäftshäuser, Wohnungen, Ferienhäuser, gewerbliche Bauten und Bauten der öffentlichen Hand erstellt. Im Wohnungsbau versuchte man, das praktisch seit dem Kriegsende, also seit fast 30 Jahren, bestehende Manko an Wohnraum auszugleichen. Massenhaft wurden teure und immer teurere Wohnungen produziert, wie sich jetzt herausstellt, dem Bedarf weit vorauseilend. Das Stockwerkeigentum feierte Triumphe. Die entstehenden Wohnungen wurden den Unternehmern fast aus der Hand gerissen, und nach dem Preis fragte niemand. Jedermann war überzeugt, dass der Wert einer heute gekauften Wohnung sich mindestens im Gleichschritt mit der Teuerung vermehren würde. Bewohnte man die gekaufte Wohnung nicht selber, so konnte man sie zu guten Mietzinsen risikolos weitervermieten. Die Bäume wuchsen indessen auch hier nicht in den Himmel. Die behördlichen Massnahmen zur Konjunkturdämpfung, die mit der Verschlechterung der Konjunkturlage zusammenfielen, bewirkten einen fast schlagartigen Rückgang. Das erwies sich vorerst einmal als heilsam und beseitigte die ungesunden Auswüchse. Das Pendel scheint aber heute bereits zu weit nach der andern Seite auszuschlagen. Im Juli beschloss deshalb der Bundesrat, die am 2. Dezember 1973 vom Volk angenommene Konjunkturdämpfungsbeschlüsse teilweise aufzuheben und zu lockern. Man wollte seiner-

zeit mit dem sogenannten Baubeschluss die Nachfrage nach Bauleistungen herabsetzen und das Abbrechen noch gut erhaltener Altliegenschaften verhindern. Mit dem gleichzeitig erlassenen Finanzbeschluss wurden den Banken drastische Einschränkungen in der Bewilligung von Baukrediten auferlegt. Der Finanzbeschluss wurde im Frühjahr 1975 ausser Kraft gesetzt, ohne dass diese Massnahme die Talfahrt hätte stoppen können. Wie rasch die Schwäche am Baumarkt auf den masslosen Aufschwung folgte und wie ausgeprägt sie war, zeigt die Tatsache, dass bereits im April 1975 der Bundesrat dringliche Bundesbeschlüsse gegen Beschäftigungseinbrüche verfügen musste. Damit soll dem notleidenden Baugewerbe wieder auf die Beine geholfen, die Arbeitslosenversicherung verbessert und die Exportwirtschaft unterstützt werden. Denn nicht nur das Baugewerbe leidet unter der Rezession. Das Autogewerbe hat sich vom Schock der Erdölkrise noch kaum erholt und in der graphischen



Verlassenes Areal der Zent AG in Bern

Diese bekannte grosse Fabrik für Zentralheizungsmaterial und Giesserei war gezwungen, den Betrieb einzustellen und die Belegschaft zu entlassen.

Photo Walter Nydegger, Bern

Industrie ging die Beschäftigung stark zurück. Auch in dieser Branche hatte seit vielen Jahren eine übergrösse Nachfrage geherrscht, die zu überdimensionierten Betriebserweiterungen und zu sehr weitgehendem Entgegenkommen der Arbeitgeber auf ebenso weitgehende Forderungen der Gewerkschaften führte. Die daraus resultierenden Preise konnten in der Zeit der sinkenden Nachfrage nicht mehr gehalten werden, was manchen Betrieb in Schwierigkeiten brachte. Besonders diejenigen Betriebe, die ihre Expansion mit viel Bankkredit und wenig eigenen Mitteln finanziert hatten, bekamen die steigenden Schuldzinsen zu spüren. Die hohen, gesamtarbeitsvertraglich festgelegten Minimallöhne für aus der Lehre ins Berufsleben übertretende junge Leute erwiesen sich nun als sehr hinderlich. Zum Teil sind sie es, die es heute manchem Ausgelernten verunmöglichen, eine Stelle zu finden. Was als Er rungenschaft einer aggressiven Gewerkschaftspolitik gefeiert worden war, hat sich heute in sein

Gegenteil verkehrt. Auch in der Exportwirtschaft mehrten sich die Probleme. Grund hierfür ist vor allem der hohe Wechselkurs des Schweizer Franken, der unsere Exporte enorm verteuert. Als Beispiel sei die Uhrenindustrie erwähnt. Ihre Preise sind seit 1973 in den USA um rund 40% gestiegen, und zwar nicht weil die Preise in der Schweiz um soviel erhöht worden wären, sondern weil der Amerikaner mit seinem Dollar nicht mehr den Gegenwert von Fr. 4.30, sondern nur noch denjenigen von Fr. 2.50 kaufen konnte. Folge davon sind sinkende Exporte und steigende Lagerbestände an Uhren beim Fabrikanten, der deswegen gezwungen ist, die Produktion einzuschränken. Das kann er aber nur tun, indem er entweder Arbeitskräfte entlässt oder aber zur Kurzarbeit bei entsprechender Lohnkürzung übergeht. Ein Beispiel – zwar nicht aus der Uhrenbranche – für die Beschreitung des ersten Wegs haben die General Motors in Biel geliefert, die ab August 1975 keine Personenwagen mehr in der

Schweiz montieren wollen. Rund 450 Personen werden damit arbeitslos. Den zweiten Weg, die Kurzarbeit, wählte die grösste schweizerische Uhren-Holdinggesellschaft, die Allgemeine Schweizerische Uhren AG (ASUAG). Zu ihr gehören unter anderen die bekannten Marken Eterna, Longines, Certina und Mido. Rund 13000 Arbeitnehmer müssen dort Kurzarbeit mit Lohneinbussen von 10–20% in Kauf nehmen. Es sei indessen noch einmal erwähnt, dass es falsch wäre, von einer Krise zu reden oder gar die Krise der dreissiger Jahre zum Vergleich heranzuziehen. Ende April waren in der Schweiz rund 6000 Arbeitslose und etwa 100000



Seepolizei bei Säuberung des Wohlensees

Es scheint leider, dass noch viele Mitbürger nie etwas von Umweltschutz gehört oder gelesen haben!

Photo Walter Nydegger, Bern

kurzarbeitende Arbeitnehmer zu zählen. Die Arbeitslosenquote lag bei 0,2% der Erwerbstätigen. Dass das an sich sehr wenig ist, zeigt ein Vergleich mit anderen Ländern. In Belgien sind gegenwärtig rund 6%, in der Bundesrepublik rund 5,5% und in den USA wie bereits erwähnt 9,2% der Erwerbstätigen arbeitslos.

* * *

Bedauerlicherweise ist es noch immer nicht gelungen, der Teuerung Herr zu werden. Immerhin wächst sie etwas langsamer an als vor Jahresfrist, aber sie wächst eben doch weiter und liegt bei rund 9% im Jahr. Da aber der Kunde infolge der schlechteren Wirtschaftslage preisbewusster geworden ist, dürfte sich der Anstieg nochmals verlangsamen. Preiserhöhungen, die noch vor Jahresfrist gewissermassen als Schicksal gottergeben hingenommen wurden, werden heute vielerorts nicht mehr akzeptiert. Wer heute noch verkaufen will, der muss seine Preise scharf kalkulieren. Unheilvoll wirken sich nun die in zahlreichen Gesamtarbeitsverträgen und namentlich auch bei der öffentlichen Hand weit verbreiteten automatischen Anpassungen des Lohnes an die steigenden Preise aus. Sie verteuern die Produktion und erhöhen die Defizite im Bund, den Kantonen und den Gemeinden. Auch hier scheinen sich die Ansichten zu wandeln. Das ständige Schielen nach dem Lebenskostenindex ist nicht mehr so ausgeprägt, und man nimmt es wieder in Kauf, dass nicht jeder Bruchteil von Prozentsen, um den der Index steigt, sofort im Lohn ausgeglichen wird. Der Franken wird wieder einmal oder zweimal umgedreht, bevor man ihn ausgibt, und die Konsumwut hat deutlich nachgelassen. Man besinnt sich wieder auf das Sparen. Das gilt für den Privaten so gut wie für die öffentlichen Verwaltungen. Das sollte sich aber mit der Zeit auch auf den Lebenskostenindex auswirken. Ob dieser Wunsch in Erfüllung geht, wird sich im nächstjährigen Bericht nachlesen lassen.

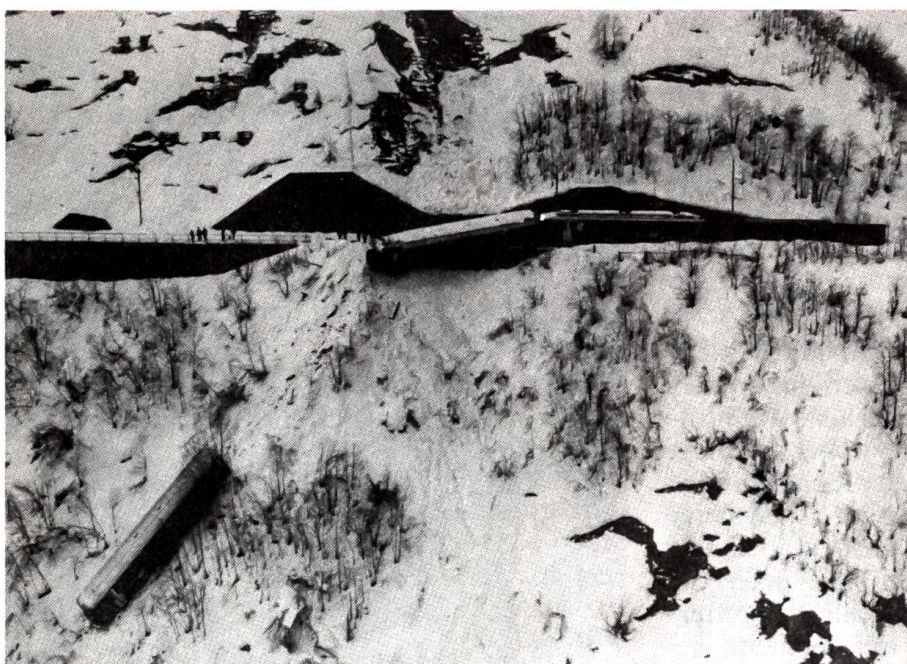
Es sei noch darauf hingewiesen, dass auch im Jahr 1974 die Löhne rascher gestiegen sind als die Teuerung. Das zeigt sich aus der Unfall-Lohnstatistik der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt in Luzern (SUVA). Da die SUVA



Erstmals eine Frau als Zivilstandsbeamtin in Bern.
Fräulein Margrit Gander ist die erste Frau, die in Bern dieses wichtige Amt übertragen erhielt.

Photo Walter Nydegger, Bern

im Prinzip 80% der bei ihr versicherten Löhne verunfallter Arbeitnehmer zu übernehmen hat, verfügt sie über ein ausgedehntes Material. Es wurde festgestellt, dass die Stundenlöhne verunfallter Arbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr um 13,9%, die Monatsverdienste um 15,2% gestiegen sind. Da die Teuerung im Jahr 1974 ungefähr 10% betrug, ergibt sich eine Verbesserung der realen Stundenlöhne um rund 4% und eine solche von etwa 5% bei den Monatsverdiensten. Man darf den Ergebnissen der Lohnstatistik 1975 mit Spannung entgegensetzen, denn daraus wird sich ablesen lassen, ob die vielen Lohneinbussen wegen der Kurzarbeit gesamthaft gesehen



Eisenbahn von Lawine erfasst

Bei Disentis wurde eine Triebwagenkomposition der Rhätischen Bahn durch eine Lawine aus den Geleisen geworfen. Der Zugführer konnte sich durch einen Sprung retten.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

zu einer Senkung des Durchschnittsverdienstes führen werden.

* * *

In das Berichtsjahr fielen drei eidgenössische Volksabstimmungen. Am 20. Oktober 1974 wurde über das Volksbegehren gegen die Überfremdung und Übervölkerung der Schweiz abgestimmt, über das schon in der letzten Chronik kurz berichtet worden ist. Wohl war damit zu rechnen, dass das von der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung eingereichte Volksbegehren abgelehnt würde, vor allem deswegen, weil es in seiner Masslosigkeit von vornherein zum Scheitern verurteilt schien. Es vermochte indessen im Vorfeld der Abstimmung die Gemüter heftig zu erregen, und die Meinungen prallten hart aufeinander. Einmal mehr bewies aber das

Schweizervolk seine politische Reife. Bei einer sehr hohen Stimmbeteiligung von 70,3% verwarfen sämtliche Stände das Volksbegehren, und das Gesamtergebnis lautete 1 691 632 Nein gegen 878 891 Ja. Dieser Entscheidung wurde auch im Ausland mit grosser Genugtuung aufgenommen, und es zeigte sich deutlich, dass die Annahme des Volksbegehrens der Schweiz und ihrem Ruf als gastliches Land sehr geschadet hätte. – Wesentlich geringer war mit rund 40% die Stimmbeteiligung in der Volksabstimmung vom 8. Dezember, obschon es auch dort um sehr wichtige Probleme ging. Der Bundesbeschluss zur Verbesserung des Bundeshaushaltes wurde mit 783 894 Nein gegen 625 780 Ja abge-

lehnt. 18 Stände stimmten dagegen und bloss 4 Stände waren für Annahme. Dass die ablehnende Mehrheit vor allem deswegen zustande gekommen war, weil das Volk wirklich überzeugende Sparmassnahmen vermisste, war aus dem Resultat der Abstimmung über die sogenannte Ausgabenbremse am selben Tag herauszulesen. Dieser Bundesbeschluss wurde mit sämtlichen Ständesstimmen und 934 633 Ja gegen 460 236 Nein sehr deutlich angenommen. Dass auch in der Sozialversicherung, in der während der Jahre der Hochkonjunktur Sparmassnahmen gewissermassen tabu waren, die Zeiten geändert haben, zeigte sich im Resultat über den Bundesbeschluss über das Volksbegehren für die soziale Krankenversicherung und die Änderung der Bundesverfassung auf dem Gebiet der Kranken-, Unfall- und Mutterschaftsversicherung. Einem sehr weitgehenden Volksbegehren linksstehender Kreise

war vom Parlament ein Gegenentwurf gegenübergestellt worden. Das Resultat der Abstimmung: Für das Volksbegehren stimmten bloss 384 155 Bürger, dagegen jedoch 1 010 103. Sämtliche Stände lehnten ab. Auch der Gegenentwurf schien dem Volk indessen noch immer zu teuer, denn auch er wurde recht deutlich von sämtlichen Ständen mit 838 179 Nein gegen 457 923 Ja abgelehnt. – Ein aussergewöhnlich seltenes und knappes Resultat ergab schliesslich die Volksabstimmung vom 2. März 1975 über den Konjunkturartikel der Bundesverfassung. 542 745 Bürger stimmten Ja, 485 844 Nein. Damit wäre an sich mit einer Mehrheit von rund 57 000 Stimmen die Vorlage angenommen gewesen, wenn nicht das Ständemehr entschieden hätte. Den 10 ganzen und 2 halben zustimmenden Kantonen standen 9 ganze und 4 halbe ablehnende Kantone entgegen. Es war also zu einem Unentschieden von 11 zu 11 gekommen, womit die Vorlage abgelehnt war. In der ganzen Geschichte der eidgenössischen Volksabstimmungen seit 1848 ist dieses Verhältnis erst einmal, nämlich am 14. Januar 1866 zustande gekommen. Es ging damals um die Einführung eines Artikels betreffend Glaubens- und Kultusfreiheit in die Bundesverfassung. Anders als bei der Abstimmung vom 2. März 1975 ergab sich aber damals auch ein Mehr der verwerfenden Stimmen. Das Resultat der Volksabstimmung vom 2. März 1975 darf demnach als erstmalig in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates angesehen werden.

* * *

Im Kanton Bern stand das Abstimmungsgesche-

hen im Berichtsjahr eindeutig im Zeichen der Jurafrage. Es fanden darüber zwei Urnengänge statt, der erste am 23. Juni. Es hatten sich darin die Stimmberechtigten der sieben jurassischen Amtsbezirke Courtelary, Delémont, Franches-Montagnes, Laufen, Moutier, Neuveville und Porrentruy zu der Frage zu äussern: «Wollt Ihr einen eigenen Kanton bilden?» Mit 36 802 Ja gegen 34 075 Nein war das Ergebnis äusserst knapp. Wie zu erwarten war, stimmten die drei nördlichen Amtsbezirke Delsberg, Pruntrut und Freiberge klar zu, während die südlichen Amtsbezirke Courtelary und Neuenstadt ebenso klar verneinten. Knapp verneint wurde die Frage im Bezirk Moutier. Das deutschsprachige Laufental hat sich ebenfalls deutlich gegen einen Kanton Jura ausgesprochen. Als Beispiele einige Zahlen: Delsberg 11 070 Ja, 2948 Nein, Pruntrut 9603 Ja, 4566 Nein; Neuenstadt 931 Ja, 1771 Nein, Laufen 1433 Ja, 4119 Nein. Nach den Bestimmungen



Schwere Lawinenunglücke in der Schweiz im April 1975
Aus diesem zertrümmerten Haus in Acla GR wurden sieben Tote geborgen.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

des Jurastatuts hatten die überstimmten Bezirke die Möglichkeit, eine Initiative für eine zweite Abstimmung einzuleiten, um ihr Nein zu bestätigen. Diese Initiative wurde ergriffen, und am 16. März 1975 wurde in Courtelary, Moutier und Neuenstadt noch einmal abgestimmt. Die Stimmbeteiligung, die schon am 23. Juni mit 90% enorm hoch gewesen war, stieg noch einmal an; in Neuenstadt betrug sie 91%, in Courtelary 93% und in Moutier 96%. Courtelary und Neuenstadt bestätigten ihr erstes Ergebnis klar, indem in Courtelary 10802 Ja gegen 3268 Nein standen, in Neuenstadt 1927 Ja gegen 997 Nein. In Moutier hingegen war das Resultat erneut eher knapp. Die Separatisten setzten alles daran, ein möglichst günstiges Resultat zu erhalten. Zwar gelang es ihnen nicht, den Entscheid vom 23. Juni über den Haufen zu werfen, doch war das Verhältnis mit 9947 Ja gegen 7740 Nein doch nicht sehr aussagekräftig. Es kam denn auch in der Folge im Amtsbezirk Moutier, so in der Stadt Moutier, aber auch in Tavannes, zu schweren

Ausschreitungen. Vor allem waren es Jugendliche, die versuchten, auf dem Wege der Gewalt dem Gegner die eigene Meinung aufzuzwingen. Den Béliers (Widder) der Separatisten stand die Organisation der Sangliers (Eber) der berntreuen Jugendlichen entgegen. Kenner der Verhältnisse behaupten, dass sich in beiden Lagern auch mehr oder weniger berufsmässige Agitatoren befinden, so auf der Seite der Béliers auch Franzosen. Es wird noch viel Wasser die jurassischen Flüsse und Bäche hinunterfliessen müssen, bis man zu einer endgültigen Lösung in diesem umkämpften Landesteil gelangt. Fraglich ist vor allem auch, ob ein Kanton Jura, der bloss die drei nördlichen Amtsbezirke umfasst, lebensfähig sein wird. Wie sich schliesslich das Laufental entscheidet, ist ebenfalls noch nicht klar, da es nach den geltenden Bestimmungen auch die Möglichkeit hätte, sich einem Nachbarkanton anzuschliessen.

Ein einziges Mal wurden die Stimmberechtigten des ganzen Kantons zur Urne gerufen, und zwar am 20. Oktober, also am gleichen Tag, an dem eidgenössisch über das Volksbegehren gegen die Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz abgestimmt wurde. Das hatte auch für die kantonale Abstimmung eine hohe Stimmbeteiligung von 60% zur Folge, eine Stimmbeteiligung, die ohne die Bundesabstimmung wohl nie erreicht worden wäre. Es ging nämlich bloss um die Beteiligung des Kantons Bern an der Erhöhung des Grundkapitals der Bernischen Kraftwerke AG, also um ein Thema, das keine hohen Wellen zu werfen vermochte. Immerhin ist es interessant festzustellen, dass den 227418 Ja doch 142397 Nein entgegenstanden.



Schwerer Verkehrsunfall bei Wimmis
Der fürchterliche Aufprall forderte ein Todesopfer.
Photo Walter Nydegger, Bern

Im September schuf der Bundesrat die Grundlagen, um im Fall eines übergrossen Stromverbrauches rechtzeitig die Rationierung einführen zu können. Wenn wir dann auch in der Folge in erster Linie wegen des milden Wetters, aber auch wegen des Konjunkturrückgangs den Winter ohne Stromrationierungen überstanden haben, so wirft doch diese Massnahme ein grelles Licht auf unsere Energieversorgung. Es lässt sich einfach nicht wegdiskutieren, dass wir auch in Zukunft mehr und mehr Energie benötigen werden. Hier nun einfach die Hände in den Schooss zu legen und anzunehmen, von irgendwoher würde uns im entscheidenden Moment schon Hilfe

kommen, wäre geradezu unverantwortlich. Wie sehr wir schon heute abhängig sind vom Erdöl, hat die Erdölkrise, von der in der letzten Weltchronik die Rede war, deutlich genug aufgezeigt. Wenn nicht rechtzeitig in Beznau zwei und in Mühleberg ein Kernkraftwerk erstellt worden wären, so stände es schlimm um unsere Energieversorgung. Das ganze Gerede um Erschliessung neuer Energiequellen nützt uns solange nichts, als wir sie nicht zur Verfügung haben. Nach Auskunft von Fachleuten wird es mindestens noch 10 bis 15 Jahre dauern, bis die wirtschaftliche Nutzung der Sonnenenergie technisch realisierbar geworden ist. Ernstzunehmende Wissenschaftler sind heute überzeugt, dass das Kernkraftwerk die umweltfreundlichste Art ist, Energie zu produzieren, und dass die damit verbundenen Gefahren kaum mehr ins Gewicht fallen. Gegenwärtig befindet sich in der Schweiz das Kernkraftwerk von Olten-Gösgen im Bau, während für diejenigen in



Bäre-Zügle

Am Pfingstsonntag, 17. Mai 1975, konnten die vorübergehend im Tierpark Dählhölzli oder sogar in Zürich untergebrachten Bären ihre neuen Stallungen im Berner Bärengraben beziehen. Eine riesige Menschenmenge verfolgte den Umzug, als die kleinen Bären auf Ponywägelchen, die grossen Mutzen auf Lastwagen durch die Berner Altstadt zum renovierten Bärengraben geführt wurden.

Photo Walter Nydegger, Bern

Leibstadt und Kaiseraugst (beide am Rhein im Kanton Aargau) die Vorarbeiten im Gang sind. Die Bauarbeiten am Werk Olten-Gösgen schreiten ungestört und rasch voran. Beim Kernkraftwerk Kaiseraugst war es indessen anders. Kurz nach Ostern besetzten Leute der sogenannten Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst das Baugelände, und es gelang ihnen damit, die Arbeiten zu unterbrechen. Der Bundesrat schaltete sich sofort ein und erklärte sich zu Diskussionen mit den Besetzern bereit, allerdings unter der Voraussetzung, dass vorher die Besetzung des Baugeländes abgebrochen würde. Nach einem langen Hin und Her schien es zuerst, als würden sich die Besetzer fügen und Vernunft annehmen. Das war aber nicht der Fall. Im Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen dauert die Besetzung noch an. Weiterum im Schweizerland versteht man nicht, weshalb der Bundesrat nicht schärfer durchgreift und dieser eindeutig rechtswidrigen

Aktion ein Ende setzt. Unabhängig vom Fall Kaiseraugst muss allerdings festgehalten werden, dass sich die Projekte für Kernkraftwerke im Raum Basel-Rheinfelden-Koblenz häufen. Das ist eine Folge der Tatsache, dass jedes Kernkraftwerk für die Reaktorkühlung Wasser benötigt und dieses Wasser am ehesten aus einem Fluss gewonnen werden kann. Da auch in Süddeutschland Kernkraftwerke am Rhein geplant werden, ergibt sich eine zusätzliche Massierung. So waren es denn zum Teil die gleichen Leute, die in Kaiseraugst demonstrierten, die schon vorher in Wyl im süddeutschen Raum den Abbruch der Bauarbeiten für ein weiteres Kernkraftwerk erzwingen hatten. Es wird sich nicht umgehen lassen, dass man die ganze Konzeption neu überdenkt, wobei aber bereits erteilte Baubewilligungen nicht wieder rückgängig gemacht werden sollten.

* * *

Auch diesen Bericht möchte der Chronist wiederum mit einigen ihm wichtig scheinenden Einzelmeldungen aus dem Geschehen des abgelaufenen Jahres abschliessen. Schwarze Tage brachte das erste Aprilwochenende dem ganzen Alpengebiet. Allein in der Schweiz kamen 14 Menschen bei Lawinnenniedergängen ums Leben. Es waren vorwiegend die Kantone Graubünden und Tessin, die von der Katastrophe betroffen wurden. Seit Menschengedenken ist es noch nie so spät im Jahr zu derartigen Lawinenunglücken gekommen. Mehrere Tage war die Bahnverbindung durch den Gotthard wegen der Lawinengefahr und der Lawinnenniedergänge auf der Nordseite unterbrochen. Auch die vielgerühmte Strassenroute durch den San Bernardino-Tunnel war nicht mehr befahrbar, da die Zufahrten verschüttet waren. Einmal mehr konnte der Nord-Süd-Verkehr schliesslich nur noch über die Lötschberg-Simplon-Linie aufrecht erhalten werden. Das riesige Ausmass der Schäden offenbarte sich eigentlich erst nach der Schneeschmelze. Noch in den Sommermonaten stehen Truppen ständig im Einsatz, um die notwendigen Aufräumarbeiten voranzutreiben.

Riesiges Aufsehen erregte die von der Zürcher Stadträtin Dr. Regula Pestalozzi gegen den Chef-

arzt des Zürcher Stadthospitals Triemli, Professor U. Hämmerli, eingereichte Strafklage wegen vorsätzlicher Tötung an seinen Patienten. Hämmerli wurde in seinem Amt eingestellt, einige Wochen später aber wieder eingesetzt. Es scheint, dass Hämmerli in einigen Fällen Patienten, die medizinisch gesehen zwar noch lebten, sich aber in einem völlig hoffnungslosen Zustand des Dahinsiehens befanden, nicht mehr alle erdenklichen Mittel der Medizin zukommen liess, um ihr Leben zu verlängern; er liess sie in Ruhe sterben. Es handelt sich hier ohne Zweifel um ein sehr ernstes Problem unserer heutigen Gesellschaftsordnung, das sich sicher nicht durch Zeitungsartikel und politische Polemik lösen lässt. Die Fortschritte der modernen Medizin, die es heute ermöglichen, einen hoffnungslos Kranken fortwährend auf der schmalen Grenzlinie zwischen Leben und Tod zu halten,bürden dem Arzt eine schwere Verantwortung auf und verlangen von ihm Entscheide, die wohl nur er allein vor seinem Gewissen verantworten kann und muss.

Auf einer ganz anderen Ebene liegt eine weitere, aber ebenfalls schwer zu entscheidende Frage, die Frage nämlich, ob der Schweizer Bürger berechtigt sein soll, den Militärdienst zu verweigern und stattdessen einen Zivildienst zu absolvieren. Im vergangenen Jahr nahm der Bundesrat vom Expertenbericht in dieser Frage Kenntnis und ermächtigte das Militärdepartement, ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Es wird vorgeschlagen, einen neuen Absatz 5 in den Artikel 18 der Bundesverfassung über die Wehrpflicht einzufügen, der folgenden Wortlaut haben soll: «Wer den Militärdienst mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, leistet einen zivilen Ersatzdienst. Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.» Die Meinungen hierüber gehen stark auseinander. Während vor allem die Generation, die noch Aktivdienst geleistet hat, der ganzen Übung ziemlich verständnislos entgegensteht, wird aus gewissen Kreisen, namentlich der Lehrerschaft, der Kirche und der Jugendlichen alles daran gesetzt, einen Zivildienst als Gegenstück zum Militärdienst einzuführen.